



**Rede Prof. Dr. Hubert Weiger  
Bundesvorsitzender BUND  
BUND Delegiertenversammlung, Nürnberg  
08. – 10. November 2019**

### **Es gilt das gesprochene Wort!**

Verehrte, liebe Delegierte, werte Gäste,

herzlich willkommen bei unserer Bundesdelegiertenversammlung 2019 in Nürnberg. Für mich persönlich ist diese Delegiertenversammlung eine besondere. Nicht nur, weil ich in diesem Jahr auf eigenen Wunsch hin nicht erneut als Bundesvorsitzender kandidieren werde und somit für mich ein bedeutender Lebensabschnitt nach 12 Jahren Bundesvorsitz und nach 44 Jahren insgesamt im Einsatz für den BUND zu Ende geht. Auch, weil ich auf ein für den BUND, für die deutsche Umweltbewegung und für mich ganz persönlich besonders intensives Jahr zurückschaue. Aus diesem Grund möchte ich heute die Entwicklung des letzten Jahres zum Schwerpunkt meiner letzten Rede als Bundesvorsitzender dieses einzigartigen Verbandes machen.

Wenn wir die Zeitung aufschlagen – oder auf die entsprechende App auf dem Handy drücken - dann bekommen wir einen Eindruck davon, in welchen multiplen Krisen wir uns derzeit befinden. International, innerhalb der Europäischen Union, in der deutschen Bundesregierung, die sich kurz nach ihrer Halbzeitbilanz in einer handfesten Regierungskrise befindet. Schauen wir als Umweltbewegte auf das Klimapakete der Bundesregierung, dann befinden auch wir uns in einer Krise, nämlich zunehmend der Diskrepanz zwischen den allgemeinen politischen Erklärungen und den tatsächlich umgesetzten Maßnahmen. Es gab glaube ich keine Zeit vor uns, in der die Diskrepanz zwischen Wissen und Tun so groß war, wie in unserer Zeit.

Doch was sind die Gründe für diese Krisen? Sind es die Klimakrise oder das krisenhafte Aussterben unserer Artenvielfalt? Oder befindet sich unsere Welt bereits im Umbruch? Einem stark umkämpften Aufbruch in eine andere Zukunft? Wir werden erst in einigen Jahren wissen, ob wir nicht just in diesem Moment alle gemeinsam die ersten Schritte einer großen Transformation beschreiten. Ich bin zutiefst überzeugt davon, dass wir das Jahr 2018 eines Tages als Wendepunkt in der umweltpolitischen Debatte und als Jahr der Klimawende beschreiben werden. Der Grund dafür war nicht die Arbeit einer Landesregierung und auch nicht die Arbeit der Großen Koalition. Die Gründe dafür lagen im Hitzesommer 2018. Sie lagen auch in der Massenmobilisierung für die Rettung des Hambacher Waldes, die wir als BUND maßgeblich gestützt haben: Als Reaktion auf die schändlichen Kriminalisierungsversuche der friedlichen Baumhausbesetzer\*innen durch RWE und die Landesregierung NRW. Ich glaube, dass wir das Jahr 2018 schon bald als Wendepunkt in der Debatte bezeichnen werden, weil es uns gelungen ist, die Menschen wieder zu Hunderttausenden auf die Straßen zu bringen. Weil es uns gelungen ist, das ehemals regionale Thema des Hambacher Waldes in diesem Jahr zu einem bundesweiten und internationalen Symbol der fehlenden Glaubwürdigkeit der Klima-, Umwelt- und Naturschutzpolitik der Bundesregierung zu machen. Das ist für uns ein riesiger Erfolg, den wir im Hambacher Wald erreicht haben. Es ist ein Erfolg, an dem die besondere Stärke des BUND sichtbar wird: Durch unsere Kreis- und Ortsgruppen kennen wir die regionalen

Konflikte gut, durch starke Landesverbände und einen starken Bundesverband können wir diese einzelnen Auseinandersetzungen miteinander verbinden. Wir vernetzen uns, stützen uns und bestimmen damit die öffentliche Debatte und politische Diskussion. Damit leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur Stabilität dieses Landes und zur demokratischen Kultur in Deutschland mit friedlichen, gewaltfreien Protesten für Gemeinwohlinteressen.

Als dann Anfang Oktober 2018 das Urteil des OVG Münster die Rodungssaison auf unbestimmte Zeit aussetzte, feierten am 06. Oktober 50.000 Menschen mit uns auf einem Acker den Erhalt des Waldes. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war klar: Niemand da draußen versteht mehr, dass heute noch ein wertvoller Wald oder Dörfer dem Braunkohlebergbau geopfert werden sollen. Das, und die Solidarität innerhalb der gesamten Klimabewegung waren die Schlüssel zum Erfolg in dem umweltpolitischen Krimi am Hambacher Wald. Vielleicht werden wir eines Tages zurückblicken und sagen: Das waren die Gründe, für den Start der Transformation.

Nun endet die Geschichte nicht im Oktober 2018. Waren wir zu dem Zeitpunkt noch glücklich über eine Klimademo mit 50.000 Menschen, hatten wir noch keine Vorstellung davon, dass sich nicht einmal ein Jahr später, am 20.09.2019 1,4 Millionen Menschen in zahlreichen Orten deutschlandweit an einem Klimastreik beteiligen würden. Die Auseinandersetzung am Hambacher Wald, das zähe Ringen in der Kohlekommission, das ausbleibende Handeln der Bundesregierung – das alles schuf Anlässe, bei denen wir diese Breite des Widerstands - angetrieben durch die junge Generation - verorten können. Fridays for Future betraten unter tatkräftiger Unterstützung unserer BUNDjugend und vieler Regional-, Kreis- und Ortsgruppen des BUND die politische Bühne und gemeinsam mit ihnen, den anderen Akteuren der Bewegung und Umweltorganisationen schafften wir es auch, über die Ergebnisse der Kommissionen hinaus als solidarisches Bündnis aufzutreten und in die Gesellschaft zu wirken. Betrachten wir die Wahlergebnisse der Europawahl vom Mai 2019, dann müssen wir feststellen, dass die Mobilisierung der Menschen auf der Straße vollkommen unabhängig von Hinterzimmer- und Lobbygesprächen uns erstmal reale Chancen auf konkretes umweltpolitisches Handeln ermöglicht hat. Hier liegt unsere Stärke, liebe Freundinnen und Freunde und ich hoffe, wir als BUND werden dies weiter nutzen!

Gleichzeitig ist die Schere zwischen dem was die Bundesregierung tut und dass was sie tun könnte so groß wie nie. Die Bundeskanzlerin sagt: „Regieren ist das, was möglich ist“. Aber möglich ist wesentlich mehr als das jetzt vorgelegte Klimaschutzpaket, welches nicht mehr als ein Päckchen ist. Diese Bundesregierung wird damit ihrer Verantwortung schlichtweg nicht gerecht! Sie sichert zwar die 1:1 Umsetzung der Ergebnisse aus der Kohlekommission zu, aber es geschieht nichts, während die Bagger von RWE immer näher an den Hambacher Wald und an die Tagebau-bedrohten Dörfer in Garzweiler heranrücken.

Mit den Betroffenen aus den Dörfern, mit Fridays for Future haben wir noch im Juni den Klimaprotest in das Rheinische Revier getragen. Denn niemand versteht mehr, warum heute noch Wälder oder Dörfer für die Kohle weichen sollen. Doch sie sind immer noch bedroht. Denn auch neun Monate nachdem der mühsam errungene, für uns schmerzhafteste Kompromiss von der Kohlekommission vorgelegt wurde, gibt es noch immer nicht mal einen Gesetzentwurf für den Ausstieg aus dem größten Klimakiller, der Kohle.

Zentral war für uns als Umweltverbände an dem Kompromiss, dass er den Einstieg in den Ausstieg bedeutet und dass dieser jetzt beginnt. Mit der Verzögerung der Bundesregierung wird gerade dieser Einstieg in den Ausstieg mutwillig verzögert. Die ersten Abschaltungen können kaum noch im Jahr 2020 stattfinden. Das wirft ernsthafte Fragen nach dem Handlungswillen dieser Regierung auf, wenn sie die einzig wirklich relevante Klimaschutzmaßnahme ihres Päckchens nicht umsetzt. Es kommt beim Kohleausstieg der Zeitpunkt, an dem wir als glaubwürdiger Umweltverband die Frage stellen müssen, ob uns die Regierung nicht langsam hinters Licht führt.

Nicht minder wichtig: Die Regierung zeigt auch keine Initiative für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, im Gegenteil wir erleben eine neue Qualität der Verhinderungspolitik bei der Windkraft an Land. Die geplanten neuen Abstandsregelungen haben das Potential die Windkraft zu schrumpfen statt ihren Ausbau zu forcieren. Das wäre der schlimmste Schlag, den die Energiewende bislang erlitten hat. Die SPD und spätestens die Bundesländer müssen diese desaströse Politik der CDU/ CSU verhindern.

Den Schreihälsen der Anti-Windkraft-Initiativen, die den Naturschutz nur missbrauchen, setzen wir als Verband eine Politik für den schnellen und naturverträglichen Ausbau entgegen. Die Akzeptanz für die Energiewende und auch der Windkraft ist ungebrochen groß, was Umfragen gerade erst wieder bestätigt haben. Die Politik aber beginnt sich zunehmend nach dieser destruktiven, lautstarken Minderheit zu richten, bei der Windkraft und in vielen anderen Bereichen, wo AFD und ihre Verbündeten das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen.

Als großer, vor Ort verankerter Umweltverband, müssen wir uns dem entgegenstemmen. Wir müssen klarmachen, dass der Klimaschutz dringend eine neue Radikalität erfordert, aber dass diese Radikalität eine radikal demokratische ist. Klimaschutz ist unsere einzige Chance, kein Klimaschutz ist volles Risiko für alle künftigen Generationen.

Das zeigen schon heute unsere Wälder als ökologisches Frühwarnsystem: wir sehen eklatante Schäden nach zwei Dürresommern in Folge. Doch die Regierung ist nicht in der Lage auf das Waldsterben 2.0 angemessen zu reagieren. Trotz der vorhandenen Aufmerksamkeit und dem allgemeinen Bewusstsein entscheiden die Ministerinnen und Minister, entscheidet die Bundesregierung sich, mehr Geld in bestehende Strukturen zu geben, statt einen Strategiewechsel für das Land anzugehen. Getrieben und blockiert durch die Lobbyisten der Autokonzerne, von RWE und durchtriebenen Organisationen wie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Ihr seht, liebe Freundinnen und Freunde wir als BUND werden mehr denn je gebraucht, um für eine ehrliche und zwingend nötige Transformation unseres auf Raubbau und Missachtung der Menschenrechte angelegten kapitalistischen Wirtschaftssystems einzutreten.

Dabei wird sich aber auch die Rolle des BUNDS weiterentwickeln müssen. Wir haben in den letzten Jahren viele Kämpfe gemeinsam gefochten. Wir haben Autobahnen aufgehalten, den Atomausstieg besiegelt, den Kohleausstieg eingeleitet, Arten und Wälder gerettet, die Agrogentechnik in Deutschland und in der EU verhindert und Pestizide teilweise auch erfolgreich bekämpft. Wir haben die Chemieindustrie unter Druck gesetzt und Freihandelsabkommen gestoppt. Wir haben das Grüne Band Deutschland nach 30 Jahren Einsatz auf über 1000 km als Nationales Naturmonument gesetzlich geschützt. Das alles sind herausragende Leistungen des Verbandes. Dabei sind wir nicht alleine, sondern werden unterstützt von befreundeten Initiativen, NGOs und dem Natur- und Klimaschutz wohlgesonnenen Menschen in Politik und Verwaltung. Wir als BUND stehen als Verband dafür ein, dass die Bewahrung unser aller Lebensgrundlagen wichtiger ist als Kapitalinteressen, Aktienkurse und Wachstumszwänge.

An dieser Stelle möchte ich auch darauf hinweisen, dass der BUND mit den beiden Studien „Zukunftsfähiges Deutschland 1 + 2“ - zentral auch von Angelika Zahrt vor fast 30 Jahren gemeinsam mit Misereor und dem Wuppertal-Institut auf den Weg gebracht - aufgezeigt hat, dass Transformation mehr sein muss, als die Verbesserung alter Technik durch neue Technik, dass es auch um die Hinterfragung des Wachstumsparadigmas der Gesellschaft geht, um andere Wachstumsziele und um andere Werte für das Leben als die Anhäufung materiellen Wohlstandes. Im Mittelpunkt steht das gute Leben und die Prinzipien „weniger ist mehr“ und „Lebensqualität für alle“. Und auch da zeigt die heutige Diskussion, dass die Probleme, die wir heute haben, nicht zuletzt damit zusammenhängen, dass die zentralen Schlussfolgerungen dieser Studien nie aktiv von der jeweils verantwortlichen Politik aufgegriffen, geschweige denn umgesetzt worden sind.

Wir als Verband können aber auch stolz darauf sein, dass das, was schon vor Jahrzehnten von führenden Verbandsvertreterinnen und Verbandsvertretern auf den Weg gebracht worden ist, Zug um Zug Früchte trägt. Gerade angesichts des Urteils zu der von Greenpeace unterstützten Klage von Biobäuerinnen und Biobauern gegen den Klimawandel in Deutschland darf ich daran erinnern, dass die erste derartige Klimaklage in den 80er-Jahren unser damaliger und langjähriger Bundesvorsitzender Hubert Weinzierl geführt hat, die bis zum Bundesverfassungsgericht ging, welches zwar die Klage abgewiesen, aber den Gesetzgeber aufgefordert hat, eine wirkungsvolle Schutzgesetzgebung für die Umwelt und vor allem für die Wälder zu realisieren. Wie überfällig dies ist, dokumentiert das Waldsterben 2.0 und wir haben die Hoffnung, dass es jetzt, auch mit Hilfe der starken Klimaschutzbewegung und dank Fridays for Future, gelingt, dem Klimaschutzgesetz noch wirkungsvolle Zähne zu verleihen.

Wir stehen für einen ambitionierten ökologischen und sozial gerechten Umbau unserer Gesellschaft. Seit 2018 werden grundsätzliche Weichenstellungen für einen solchen Umbau in den gesellschaftlichen Diskussionen sichtbar. Gleichwohl fehlen Antworten für eine wachstumskritische Realpolitik. Auch bei uns. Wir kommen vermehrt in Situationen, in denen wir auch überlegen müssen, wie die Gesellschaft von morgen für uns als BUND aussehen soll. Wir müssen unsere Stärke bei den Abwehrkämpfen ergänzen durch konkrete Visionen für unsere Gesellschaft. Wir haben hier bereits gute Ansätze, wie die bereits erwähnten Studien „Zukunftsfähiges Deutschland 1 + 2“. Allerdings müssen wir unsere Positionen kritisch darauf prüfen, wen wir damit erreichen und ob sie für die Breite der Gesellschaft nutzbar sind. Dafür müssen wir auch schauen, welche Debatten in den letzten Jahren um uns herum in der wissenschaftlichen Debatte der unabhängigen Forschungsinstitute und in den Bewegungen neu entstanden sind und ihnen im BUND, in unseren Strukturen, eine Heimat geben. Auch wir als BUND müssen im Zuge des anstehenden Generationenwechsels offen für Veränderungen sein und neuen Menschen Raum geben zum Gestalten. Lasst uns offen sein für die Menschen, die bereit sind ihre Freizeit einzusetzen, um unseren Verband in den nächsten Jahren tragen zu wollen. Sie alle sollen im BUND eine Heimat finden: Die Studentin, die heute einen Kohlebagger blockiert, der Rentner, der Unterschriften zum Rückkauf des Stromnetzes sammelt, die Mieterinitiative, die ein Haus dem Immobilienmarkt entzieht und damit den Druck auf die städtischen Grünflächen mindert, die Programmiererin, die eine freie Grafiksoftware entwickelt, die Asylbewerberin, die einen Marsch für die Rechte der Zivilgesellschaft organisiert und der Kollege, der im Versandzentrum in Bad Hersfeld einen Streik organisiert.

Ich hoffe, dass wir alle auch weiterhin die Kraft finden, uns gegen diese unsinnige Ökodiktatur-Diskussion zu stemmen, die einige Medien uns derzeit zuschreiben und dass wir in einigen Jahren in der gesellschaftlichen Breite nicht mehr von Verboten und vermeintlichen Öko-Diktaturen reden, sondern davon, miteinander frei zu sein. Frei, ungefährdet durch Schadstoffe zu atmen, zu trinken und zu essen. Frei uns eine Zukunft ohne Zerstörung, Gewalt und Bilder des Weltuntergangs vorstellen zu können, frei, nicht unterdrückt zu werden und nicht zu unterdrücken. Ich wünsche mir, dass der BUND als Verband sich für eine Freiheit einsetzt, die nicht ausgrenzt und allen zugänglich ist – gerade den Schwächsten in unserer Gesellschaft! Der Einsatz für die Heimat und damit für unsere gemeinsame Initiative mit dem Deutschen Kulturrat ist damit im Gegensatz zu dem, was Rechtsradikale unter „Heimat“ verstehen kein Einsatz für rückwärtsgewandte Ausgrenzung, sondern der Einsatz für Offenheit, Toleranz und gegenseitigen Respekt. Der BUND bringt dafür die entscheidenden Bausteine mit. Wir sind wirtschaftlich unabhängig und dezentral in der Fläche vertreten. Dadurch können wir vor Ort solidarische Alternativen fordern, initiieren, fördern und politisch durchsetzen. Jedes Repair-Café, jede solidarische Landwirtschaft, jedes Projekt von Bürger\*innenenergie ist ein wichtiger Schritt hin zu einem sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft. Dabei kommt den Kommunen eine besondere Rolle als Orte der Entscheidung zu, in denen 60% aller Investitionen getätigt werden. Der BUND hat alle Bausteine für eine Vision von unten. Lasst sie uns zum Leben erwecken: Für eine Renaissance von dezentralen, intelligent vernetzten Wirtschafts- und Produktions- und Kreislaufsystemen vor Ort, in den Kommunen. Für eine Verankerung im Lokalen und der

Region, die die Gemeinschaft vor Ort stärkt und gleichzeitig weltoffen bleiben muss. Wir müssen darüber hinaus eine gesellschaftspolitische Vision entwickeln, die über unsere Alternativen hinausgeht. Die auch diejenigen Menschen erreicht und auch diejenigen Kämpfe mit einbindet, die derzeit für Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, ein demokratisches Internet oder Zeitwohlstand streiten. Die Antworten, die wir finden müssen sind für uns als BUND in der Richtung auch vollkommen klar. Der Erhalt der Biodiversität und die Rettung des Klimas sind untrennbar miteinander verbunden und gleichermaßen bedeutend. Eine regionale und geringere Produktion trägt auch zu geringerem Ressourcenverbrauch zum Artenschutz und Klimaschutz bei, eine artgerechte Tierhaltung ebenso ein Beitrag zu Klimaschutz, wie der Moorschutz. Die Klimakrise und das Artensterben sind Zwillingskrisen, ausgelöst durch entfesselte Märkten und verdeckt durch ein Märchen von unendlichem grünen Wachstum. Wir müssen die Zwillingskrise auch als solche behandeln und uns der Wurzel der Probleme zuwenden, während wir weiterhin solidarisch miteinander nach Antworten in den konkreten Fachdiskussionen ringen. Dabei muss klar sein, dass unsere Art des Wirtschaftens nur dann eine Zukunft hat, wenn ökologische und soziale Grenzen durch die Staaten gesetzt werden, dezentrale Strukturen als Basis der Wirtschaft gesichert sind und fairer statt freier Handel stattfindet. Gerade der faire und gerechte Handel muss für die gesamte Lieferkette gelten und damit müssen endlich die Endpreise die ökologische und die soziale Wahrheit sagen. So sind zum Beispiel nicht die Bio-Produkte zu teuer, sondern die herkömmlichen Nahrungsmittel zu billig, weil ein Großteil ihrer Kosten auf die Gesellschaft oder auf kommende Generationen externalisiert wird.

Ich freue mich, dass ich über all die Jahre den BUND mit Ihnen/euch, liebe Freundinnen und Freunde und geschätzte Delegierte mitgestalten konnte. Ich freue mich besonders darüber, dass es immer mehr Menschen gibt, die sich für die gleichen Ziele einsetzen und dass wir heute mit fast 640.000 Mitgliedern und Förderern fast doppelt so viele sind wie vor 12 Jahren.

Die Zukunft wird uns allerdings nicht weniger fordern als die Vergangenheit, denn wir stehen vor der gewaltigen Aufgabe eine global agierende, ausbeuterische Industriegesellschaft, welche zwar uns individuellen Wohlstand, aber Verarmung der öffentlichen Güter, sowohl national als auch international gebracht hat, in eine Nachhaltigkeitsgesellschaft zu transformieren. Diese gewaltige Aufgabe der ökologischen und sozialen Transformation können wir nur als Gesamtgesellschaft leisten. Solidarität darf deshalb, genauso wie Kooperation auf allen Ebenen, kein Fremdwort mehr sein, sondern muss zur Grundlage der Gesellschaft werden.

Als BUND haben wir immer für die Durchsetzung von Alternativen, häufig in Abwehrkämpfen eingesetzt, in Zukunft gilt es die Alternativen zu Leitbildern zu machen. Dabei hilft uns, dass es in den letzten Jahrzehnten gelungen ist, dass unsere allgemeinen Ziele auch zu den grundsätzlichen Zielen unserer Gesellschaft geworden sind. Das heißt konkret:

- Der ökologische Landbau ist in Zukunft kein Randsegment mehr sondern Leitbild und Ziel muss es sein ihn in bäuerlichen Strukturen auf 100 Prozent zu praktizieren.
- Die Erneuerbaren Energien in Verbindung mit Effizienz haben flächendeckend Atom, Kohle und fossiles Gas ersetzt.
- Die kanalisiertes Flüsse und Bäche werden zu blauen Bändern des Lebens.
- Das Grüne Band Deutschland ist in Verbindung mit dem Grünen Band Europa und den Quervernetzungen das ökologische Rückgrat der selbstverständlich gewordenen landesweiten Biotopverbundsysteme
- Die Verkehrs- oder Mobilitätswende hat dem Menschen neue Lebensqualität in den Städten und im ländlichen Raum gebracht. Eine Grundmobilität ist für Menschen jeglichen Alters gesichert.
- Die Böden sind wirkungsvoll durch die konsequente Umsetzung der doppelten Innenentwicklung geschützt, d.h. Verdichtung dort, wo schon Flächen überbaut sind und nicht Überbauung der letzten Freiflächen in den Städten.

- Suffizienz und Verzicht auf Überflüssiges sind keine negativen Kampfpapieren, sondern selbstverständlich.
- Kreislaufwirtschaftssysteme sind die Grundlage der nachhaltigen Wirtschaft, der Produktion, des Konsums und des Verbrauchs.
- Der Staat ist wieder Gemeinwohlgarant und nicht Durchsetzer partikulärer Machtinteressen von Konzernen
- Demokratische Strukturen sind die Grundlage des Zusammenlebens und selbstverständlich in allen Lebensbereichen. Sie sind inzwischen wirkungsvoll gegen Angriffe rechter Ideologen geschützt. Kooperation, Toleranz und gegenseitiger Respekt sind Leitbilder unserer Gesellschaft.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich möchte euch bitten, den neuen Vorstand gerade auch in dieser Arbeit zu unterstützen. Auch vor uns als Verband liegen auf diesem Weg große Umbrüche und ich bin sicher, dass wir das gemeinsam und konstruktiv gestalten werden. Wir haben dazu die nötige Kraft und das nötige Vertrauen ineinander.

Zum Ende meiner Rede möchte ich noch Danke sagen. Danke an euch alle, für die Kraft, den Ansporn durch euer Engagement, die guten Gespräche und die schöne Zeit, die wir in den letzten Jahren miteinander hatten und ich danke besonders allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen in allen Funktionen und Gremien des Verbandes. Ich danke besonders meinen Stellvertretern in diesen 12 Jahren: Ulrike Mehl, Jörg Nitsch, Ernst-Christoph Stolper und Klaus Brunsmeier, mit denen ich besonders intensiv zusammengearbeitet habe. Ich danke der Bundesschatzmeisterin Ursula Zeeb und dem amtierenden Bundesschatzmeister Andreas Faensen-Thiebes für engste und vertrauensvolle Zusammenarbeit, den Bundesvorstandsbeisitzer\*innen Dagmar Becker, Julia Römer, Andreas Lathan, Anja Köhne, Sylvia Voss und Heidrun Heidecke, den Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirates und Wilfried Kühling und des Verbandsrates, Renate Backhaus, Jörg Nitsch und Maren Jonseck-Ohr und ich danke der BUNDjugend. Ich danke der Bundesgeschäftsstelle für die hervorragende fachliche Unterstützung und Zusammenarbeit unter der Leitung von Olaf Bandt und Eva Nolte. Vor allem Olaf Bandt ein herzliches Dankeschön für die enge Wegbegleitung und Unterstützung und die hervorragende, reibungslose Zusammenarbeit während dieser 12 Jahre. Besonders danke ich auch meinem Büro mit Christine Düwel und Katrin Hänel und auch meinem Nürnberger Büro mit Stefan Schäffer und Heike Lütgenau. Danken möchte ich bei dieser Gelegenheit aber auch Richard Mergner als meinem bayrischen Nachfolger nicht nur für die hervorragende Fortführung der BN-Arbeit, sondern auch für neue Schwerpunktsetzungen und für die sehr gute Zusammenarbeit mit mir! Dann möchte ich auch meiner Familie, vor allem natürlich Gertrud und meinen Kindern danken, ganz besonders dir, liebe Gertrud: Ohne deine Geduld und Stärke wäre mein Engagement nicht möglich gewesen. Du warst in all den Jahren meine wichtigste Stütze und bist doch oft selbstlos gewesen, wenn ich mal wieder kaum daheim aber viel im Auftrag des BUND in Deutschland unterwegs war.

Vielen Dank euch allen für euer Vertrauen in den letzten Jahren.